



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst
Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Libyen



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Januar 2010
Zusammengestellt von: Jan Grebe und Lisa Maichle

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG.....	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen	5
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
2.3	Militärausgaben Libyen.....	7
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	8
2.5	Streitkräftestruktur	8
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	9
2.7	Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft.....	11
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	12
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Libyen.....	12
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	13
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	14
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	15
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	17
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft.....	17
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	19
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	19

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Libyen

Der militärische Sektor in Libyen wurde durch jahrelange, umfassende Sanktionen die gegen das Land bestanden schwer getroffen. Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ auch der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen welche unter anderem das Einfrieren von Auslandskonten, diplomatische Sanktionen und ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr entschied sich auch die EU für Sanktionen gegen Libyen. Mit einigen Zugeständnissen Libyens und der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig abgeschafft. Wegen der Sanktionen wurde Libyen in den vergangenen Jahren jedoch kaum mit Waffen und Komponenten versorgt. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der Sowjetunion. Die Ausrüstung ist jedoch meist in einem schlechten Zustand, teilweise sehr stark veraltet und demnach modernisierungsbedürftig. Auch die lokale Rüstungsindustrie hat stark unter den Sanktionen gelitten, weshalb in Libyen derzeit praktisch keine Rüstungsindustrie existiert. Der hohe Bedarf an neuer Ausrüstung, modernen Technologien und die Bereitschaft der westlichen Länder nach dem libyschen Richtungswechsel auch rüstungspolitisch mit Libyen zusammenzuarbeiten, lassen einen signifikanten Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie in den kommenden Jahren vermuten.

Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee war Libyen während der ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen und die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar Al-Gaddafi die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch einen umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Bereits 1976 bezichtigten die USA Libyen das erste Mal öffentlich, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Nur wenige Jahre später, 1979, wurde Libyen von den USA auf die Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten gesetzt. Der Vorwurf, Libyen sympathisiere mit dem internationalen Terror, erhärtete sich über die Jahre hinweg immer mehr. Neben der indirekten Unterstützung terroristischer Vereinigungen, konnte Libyen auch die direkte Beteiligung an terroristischen Anschlägen nachgewiesen werden. Anschläge auf die West-Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1985, auf ein Passagierflugzeug der Pan-American-Airlines im Dezember 1988, und auf eine Maschine einer französischen Fluggesellschaft 1989 über der Ténéré- Wüste im Niger, hatten umfassende Sanktionen gegen Libyen zur Folge.

Die jahrelangen Sanktionen zeigten Wirkung, da sich die Lebensumstände der Bevölkerung deutlich verschlechterten und die libysche Wirtschaft großen Schaden davontrug. Im Rahmen diplomatischer Verhandlungen stellte die USA eine mögliche Aufhebung der Sanktionen in Aussicht, wenn Libyen gewisse Bedingungen erfülle. Dazu gehörten unter anderem die Aufgabe des libyschen Massenvernichtungswaffenprogramms und die Abkehr vom Terrorismus. Da Libyen die Bedingungen sukzessive erfüllte, wurden auch jegliche Sanktionen gegen das Land aufgehoben. Seitdem gilt Libyen als Paradebeispiel effektiver internationaler Zusammenarbeit und erfolgreicher Diplomatie.

Mittlerweile ist Libyen vielen der einschlägigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten und ist außerdem Mitglied in den wichtigsten UN-Menschenrechtsabkommen. Nichts desto trotz bleibt die Menschenrechtslage in Libyen kritisch. Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit bleiben weiterhin stark eingeschränkt.

Libyen weist trotz des autoritären politischen Systems und trotz aller Spannungen und Konflikte mit ausländischen Staaten ein erstaunliches Maß an innerer Stabilität auf. Das Land leidet unter keinen gravierenden ethnischen Konflikten, außerdem kommt es zu nur sporadisch eskalierenden Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppierungen.

Außenpolitisch bemüht sich Libyen seit einigen Jahrzehnten um eine starke regionale Einbindung, eine Stärkung der regionalen Kooperation und um eine Führungsrolle bei diesem Prozess. Dabei möchte Libyen sowohl auf dem afrikanischen Kontinent, wie auch in der arabischen Welt seine Bedeutung steigern.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. In der Vergangenheit wurde Libyen immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht.

Die Gefahr, dass in Libyen durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negative beeinflusst wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Zwar ist die Stärke der Streitkräfte einigermaßen konstant geblieben, und auch der Anteil der Militärausgaben am BIP hat sich deutlich verringert, dennoch sind die Militärausgaben während der letzten Jahre signifikant gestiegen.

2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2007

Jahr	Güter/in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	-	-
2000	Sattelzugmaschine mit Tiefladesattelaufleger	333.160
2001	-	-
2002	Ersatzteile für Militärfahrzeuge, Peilsysteme, Funkgeräte und Navigationsanlagen	k.A.
2003	Ersatzteile für Strangpresse, Geländewagen	1.306.866
2004	-	-
2005	Geländewagen	305.311
2006	Kommunikationsausrüstung und Teile: 58,8%; Splitterschutzanzüge: 39,3%	1.995.385
2007	Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 66,2%; Detektionsausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, ABC-Schutzbekleidung und Teile für Detektionsausrüstung und Dekontaminationsausrüstung: 32,6%	23.844.875

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2007, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen, 1999-2007

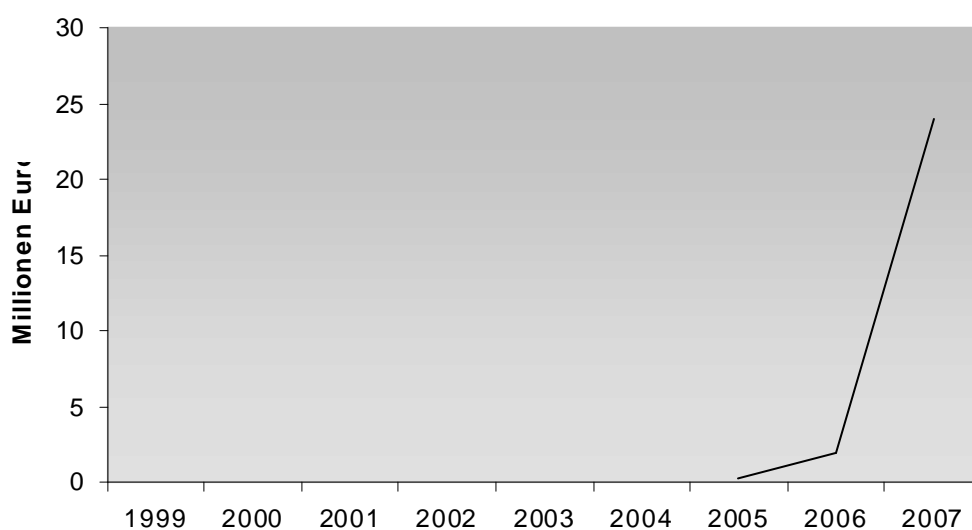


Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Libyen, 2000-2008

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2008 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Libyen geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Libyen 2003-2007, Mio. USD

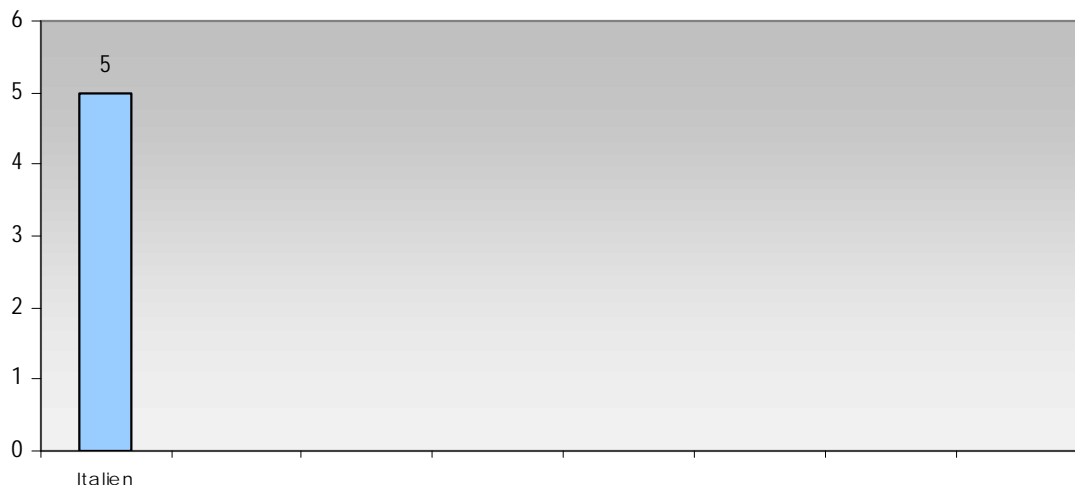
Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2004-2008
Summe	-	-	-	-	-	-

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr
Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Libyen 2003-2007, Mio. USD

Da Deutschland zwischen 2004 und 2008 keine kompletten Großwaffensysteme nach Libyen lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Libyen 2004-2008, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr
Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar zu Waffenkäufen:

Laut SIPRI-Jahrbuch 2009 nahm Libyen 2004-2008 die 128. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Wegen der mittlerweile nicht mehr bestehenden Waffenembargos gegen Libyen, verhängt von den USA, der EU wie auch den Vereinten Nationen, konnte sich Libyen in den vergangenen Jahren kaum mit Waffen und Komponenten versorgen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der Sowjetunion. Die Ausrüstung ist jedoch meist in einem schlechten Zustand, teilweise sehr stark veraltet und demnach modernisierungsbedürftig. Daher ist Libyen ein lukrativer Absatzmarkt geworden und immer mehr Staaten versuchen dort Fuß zu fassen. Schlagzeilen machte die 2007 verkündete militärische Kooperation zwischen Frankreich und Libyen. Demnach wird eine EADS-Tochter Milan-Panzerabwehrraketen im Wert von ca. 170 Millionen Euro sowie Geräte zur Nachrüstung von Kommunikationsnetzen im Wert von 130 Millionen Euro an Libyen liefern. Außerdem haben beide Staaten ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Atomenergie unterzeichnet. Auch Russland bemüht sich vermehrt, sich mit Waffen- und Ausrüstungslieferungen im libyschen Markt zu positionieren. Bislang sind offiziell jedoch noch keine Verträge in größerem Umfang unterzeichnet.

2.3 Militärausgaben Libyen

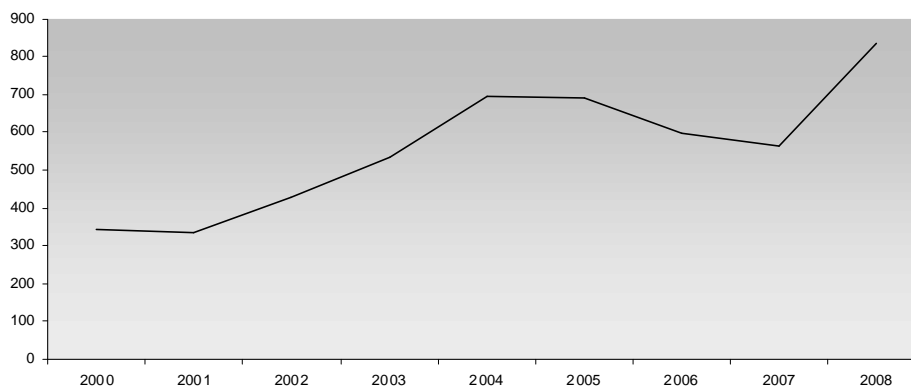
Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2004	2005	2006	2007	2008
Militärausgaben	697	691	597	562	837
Anteil am BIP (in Prozent)	2,0	1,5	1,1	0,9	0,9
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	-	-	-	-	-

Alle Angaben in constant Mio. US\$ (2005). Die Angaben „Anteil am BIP“ für das Jahr 2008 basieren auf Schätzungen.
Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009, Internationaler Währungsfond, World Development Indicators

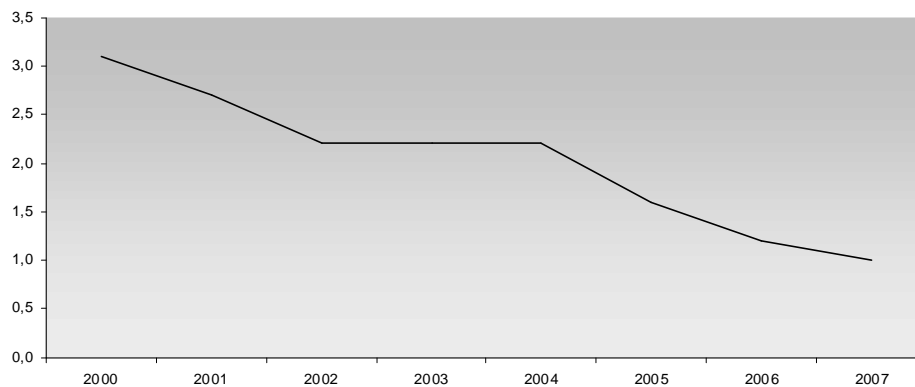
*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 2000 – 2008 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen 2000-2008

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2000 – 2007 (in Prozent)

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Bedingt durch das Jahrzehntelange Embargo existiert in Libyen derzeit praktisch keine Rüstungsindustrie. Die Betriebe, die das Embargo überstanden haben, sind allesamt in staatlicher Hand und technologisch weit abgefallen. Ein multinationaler Austausch konnte erst mit der Aufhebung der Sanktionen erreicht werden. Daher ist anzunehmen, dass sich die Rüstungsindustrie des Landes in Zukunft modernisieren und expandieren wird. Der hohe Bedarf an neuer Ausrüstung, modernen Technologien und die Bereitschaft der westlichen Länder nach dem libyschen Richtungswechsel auch rüstungspolitisch mit Libyen zusammenzuarbeiten, lassen einen signifikanten Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie in den kommenden Jahren vermuten.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; selektiv 1-2 Jahre

Gesamtstärke der Streitkräfte:

76.000 aktiv, davon: (+ ca. 40.000 Reserve)

- Heer 50.000
- Marine 8.000
- Luftwaffe 18.000

Quelle: IISS Military Balance 2009

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2000-2008

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Aktive in 1.000 (IISS)	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	14,8	14,3	13,9	-	-	-	-	-	12,1

Quellen:

IISS Military Balance, 2000-2009

Weltbank, UN-Statistics; Für die Jahre 2003 bis 2007 existieren keine Schätzungen für die gesamte Bevölkerung im Rahmen der UN-Statistics.

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	2025	
Aufklärer	120	
Gepanzerte Schützenradpanzer	Mehr als 1000	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	945	
Artillerie	Mehr als 2421	
Panzerabwehr	3000	
Luftabwehr	Mehr als 424	
Radar	RASIT	
Raketen	45	FROG-7

Kommentar:

Aufgrund fehlender finanzieller Mittel und einer, aus der geringen Bevölkerungsdichte resultierender, Personalschwäche, war das libysche Heer anfangs militärisch völlig bedeutungslos. Erst mit der Entdeckung des Erdöls in Libyen und umfassender Unterstützung aus Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine militärische Stärke ausbauen. Der Putsch durch Muammar Al-Gaddafi 1969 stellte auch für das Heer einen Wendepunkt dar. Die Ausstattung verbesserte sich erstmals deutlich in den 1970er Jahren als Libyen von Frankreich Panzer und Artillerie erhielt. Dies reichte für Gaddafis Absicht, die libysche Armee zu der am besten ausgerüsteten Armee der arabischen Welt zu machen, jedoch nicht aus. Dementsprechend kamen in den folgenden Jahren umfassende Verträge mit der Sowjetunion zustande. Im Rahmen dieser Verträge wurde eine Fülle an modernen sowjetischen Rüstungsgütern nach Libyen geschafft, unter anderem ein hochmodernes Luftabwehrsystem. Für die Bedienung, Wartung und das Training kamen nicht nur die Güter selbst, sondern auch etliche Experten aus der Sowjetunion und anderen kommunistisch geprägten Ländern. Dennoch gelang es der libyschen Armee angesichts der Masse an neuen Gerätschaften nicht, diese alle angemessen in Gebrauch zu nehmen. Heutzutage kann die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet und technologisch längst überholt gelten. Aufgrund des jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	Wahrscheinlich nur eingeschränkt funktionstüchtig
Fregatten	2	Wahrscheinlich nur eingeschränkt funktionstüchtig
Korvetten	1	
Patrouillenboote	10	
Minenboote	4	
Amphibienfahrzeuge	4	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	12	

Küstenwache: Unbekannte Anzahl von Raketen: u.a. SS-C-3 Styx

Naval Aviation: 7 SA-321 Super Frelon Rettungshubschrauber

Kommentar:

Die libysche Marine war seit jeher sowohl die kleinste wie auch die verhältnismäßig am schlechtesten ausgerüstete Komponente der libyschen Streitkräfte. Im Jahr 1962, mit umfangreicher britischer Unterstützung gegründet, entwickelte sich die Marine nur sehr langsam. So kam es, dass die Marine bei der Machtübernahme Gaddafis 1969 über eine Personalstärke von knapp über 200 Mann verfügte. Im Zuge der generellen militärischen Aufrüstung, die durch Gaddafi angestoßen wurde, kam der Marine durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine deutliche Aufwertung zu. Ab den späten 1980er Jahren verfügte Libyen über neue, moderne U-Boote, Korvetten und mit Raketen bestückte Schiffe und stellte damit eine neue schlagkräftige Seemacht im Mittelmeerraum dar. Inzwischen ist diese Stärke aufgrund des jahrelangen Embargos längst verblasst.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	229	
Abfangjäger	113	
Aufklärer	7	
Transportflugzeuge	Mehr als 85	
Ausbildungsflugzeuge	250	Davon 25 kampffähig
Kampfhubschrauber	35	
Transporthubschrauber	85	
Mehrzweckhubschrauber	16	
Raketen	k.A.	u.a.: AA-7 Apex, AS-11 Kilter, AT-2 Swatter

Air Defence Command:

- Mehr als 216 Luftabwehr

Kommentar:

Die Luftwaffe war anfangs in einem rudimentären Zustand. Im Jahr 1963 gegründet bestand die Luftwaffe anfangs aus einigen wenigen Flugzeugen und zwei Piloten. Bis zum Ende des Jahrzehnts verfügte sie zwar über einige zusätzliche Ausbildungsflugzeuge und über deutlich mehr geschultes Personal, eine deutliche Aufwertung kam ihr jedoch ebenfalls erst in den frühen 1970er Jahren zu. Bereits nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 wurden Stimmen laut, die eine fortschrittlichere Ausrüstung der Luftwaffe forderten. Dies resultierte im Kauf von zehn US-amerikanischen F-5 Jagdbombern Ende der 1960er Jahre. Nach diesem Kauf wuchs die Luftwaffe schnell an und wurde so zu einer wichtigen Komponente der bewaffneten Streitkräfte. Die tatsächliche Aufwertung geschah letztlich durch umfassende Verträge Libyens mit Frankreich über den Kauf von 110 Mirage Jagdbombern. Mitte der 1970er Jahre kam es schließlich zu einem zusätzlichen Kauf militärischer Ausrüstung durch Verträge mit der Sowjetunion. Dabei erhielt Libyen unter anderem moderne Luftwaffenausrüstung und vielfältige Unterstützung verschiedenster kommunistisch geprägter Staaten was die Wartung und das Training der neuen Gerätschaften anging. Dennoch ist auch die libysche Luftwaffe von dem jahrelangen Embargo gegen Libyen hart getroffen worden. So gilt auch für diesen Teil der Streitkräfte, dass die Ausrüstung mittlerweile stark veraltet und dringend modernisierungsbedürftig ist.

Peacekeeping:

- Sudan (UNAMID): 5 Beobachter
- Philippinen (IMT): 6 Beobachter

Quelle: IISS Military Balance 2009

2.7 Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft

Die Ursprünge der heutigen libyschen Armee finden sich in den Truppen, die Libyen im Zweiten Weltkrieg aufbot, um Großbritannien im Kampf gegen Deutschland und den damaligen Kolonialherren Italien zu unterstützen (Sanusi-Armee). Nach der erfolgreichen Besetzung Libyens durch Großbritannien, wurde die Mehrzahl der Sanusi-Armee-Angehörigen in die örtliche Polizei eingegliedert. Mit der libyschen Unabhängigkeit 1951 formten sich Veteranen der ehemaligen Sanusi-Armee zum Kernstück der königlichen libyschen Armee. Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee blieb Libyen die ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Auch die in den frühen 1960er Jahren gegründete Luftwaffe und Marine konnten daran nichts ändern. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen sowie die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien, konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar Al-Gaddafi, die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch den umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Die Zusammenlegung der regulären Armee mit großen Teilen der früheren National Security Force und der Cyrenaican Defense Force führte zu Erhöhung der Personalstärke der Armee.

Anfangs galt das Militär als angesehene Institutionen des Landes, welche Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten vereinte. Besonders die Zusammenführung der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen sowie die Entwaffnung der kyrenaischen Stämme in Libyen, wurden als Verdienst der Armee gesehen, Libyen auf dem Weg zur nationalen Einheit zu unterstützen. Bis in die frühen 1980er Jahre waren Angehörige des Militärs durch ihren Lohn und verschiedene Begünstigungen deutlich privilegiert. Dennoch vermieden viele hochrangige Militärangehörige das öffentliche zur Schau stellen ihrer materiellen Vorteile, um sich von den ehemaligen Offizieren der vorangegangenen Monarchie abzugrenzen, denen dieses Verhalten nachgesagt worden war. Im Gegensatz dazu zeigten sich viele sittenstreng und mit beinahe schon puritanischen Gepflogenheiten. Auch Muammar Al-Gaddafi bemühte sich in der Öffentlichkeit um ein asketisches Auftreten und sah sich als Vorbild des neuen moralischen Selbstverständnisses des Militärs. Er pflegte das Bild des Unbestechlichen und verbreitete die Idee, dass es sich beim Militärdienst um eine patriotische Pflicht handle, für die kaum materielle Entschädigung erwartet werden dürfe. Durch das von Gaddafi aufgelegte Modernisierungsprogramm und erste militärische Teilerfolge im Tschad verfestigte sich die Moral der Angehörigen des Militärs. Trotz der großen Bedeutung des Militärs für die Abschaffung der Monarchie und der Teilnahme an der Regierungstätigkeit, vor allem während der ersten Dekade unter Gaddafi, zeigten sich ab den frühen 1980er Jahren ernsthafte Spannungen zwischen militärischen und zivilen Kräften. Durch abwertende Äußerungen seitens Gaddafis und einer öffentlich geführten Kampagne gegen das Militär schwanden zunehmend Moral und Ansehen dieser Institution. Schließlich schwand auch der politische und militärische Einfluss nach einem missglückten Putsch-Versuch 1985. Die revolutionäre Garde, ein ehemaliger paramilitärischer Arm des Revolutionskomitees, fungierte mehr und mehr als Kontrollinstanz für das reguläre Militär und schmälerte damit zusätzlich das ehemals hohe Ansehen. Bedeutend für Libyen ist die Schaffung der ersten Frauenmilitärakademie in der arabischen Welt in Tripolis 1979, die bis heute Al-Gadaffi breite Unterstützung in der Bevölkerung sichert.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU- VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Libyen

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1925	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch 2009
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009

Kommentar:

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land gilt seitdem als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie. Dieser Erfolg wiegt umso mehr, geriet das Land nach der Machtübernahme durch Muammar Al-Gaddafi immer wieder in den Verdacht, sich aktiv um die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu bemühen. Nach heutigem Erkenntnisstand verfügte Libyen über Produktionsstätten für biologische und chemische Waffen. In den 1970er Jahren verfolgte Libyen ebenfalls das Ziel, Atomwaffen zu kaufen. Das Land hatte jedoch weder in der Herstellung noch im Kauf von A-, B-, und C-Waffen großen Erfolg. Im Bereich der biologischen Waffen ist es Libyen wohl nie gelungen, über das Forschungs- und Entwicklungsstadium hinaus zu gelangen. Die zwei, in den 1980er Jahren fertig gestellten, Chemiewaffenanlagen in Rabta und Sebha wurden laut CIA-Berichten jedoch zur Herstellung von Chemiewaffen genutzt. Über die hergestellte Menge sind jedoch keine genauen Angaben bekannt. Auf internationalen Druck hin wurde die Produktion 1990 eingestellt.

Für Aufsehen sorgte 1996 die Entdeckung einer unterirdischen Fabrik für C-Waffen im Berg Tarhuna. Die Fertigstellung der Anlage wurde nach publik werden jedoch gestoppt. Für die Forschung zu Atomwaffen stand Libyen einzig ein sowjetischer Leichtwasserreaktor zur Verfügung. Um diesen jedoch militärisch zu nutzen, fehlte laut CIA-Angaben das nötige Wissen. Dennoch war es wohl nicht nur der diplomatische Weg der Libyen letztlich zur Aufgabe seines Massenvernichtungswaffenprogramms brachte. Im Oktober 2003 beschlagnahmten US-Agenten fünf Container des deutschen Frachtschiffes BBC China. Brisanter Inhalt der Container, dessen Bestimmungsort Libyen war, waren Spezialbauteile für Gasultrazentrifugen die für den Prozess der Urananreicherung benötigt werden. Aufgrund der vorangegangenen Verhandlungen sah sich Libyen offensichtlich angesichts des Fundes genötigt, das Massenvernichtungswaffenprogramm einzustellen, wollte es die bisherigen erfolgreichen Verhandlungen nicht gefährden. Gegenstand der geheimen Verhandlungen

war die Aufhebung der von den USA, der EU und den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen. Mit dem Einlenken Libyens im Bereich der Massenvernichtungswaffen, aber auch in anderen Bereichen, kam es 2004 schließlich zur Aufhebung der US-Sanktionen. Diese waren seit 1974 sukzessive verhängt worden, da Libyen immer wieder in Verbindung mit dem internationalen Terrorismus gebracht wurde. Höhepunkt der von US-amerikanischer Seite verhängten Sanktionen war das 1986 beschlossene komplette Handelsverbot mit dem libyschen Staat.

Neben den US-Sanktionen, waren von 1992 bis 2003 beziehungsweise 2004 zusätzliche Sanktionen von den Vereinten Nationen und der EU verhängt. Durch diese sollte und wurde Libyen dazu bewegt, bei der Aufklärung der Lockerbie-Anschläge mitzuwirken.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und der Vereinten Nationen gegen Libyen in Kraft.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) vom 18. Dezember 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum CEDAW von 1999	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Libyen, 2008 (2009)

The government's human rights record remained poor. Citizens did not have the right to change their government. Remaining problems included reported disappearances; torture; arbitrary arrest; lengthy pretrial and sometimes incommunicado detention; official impunity and poor prison conditions. Similarly, denial of a fair public trial by an independent judiciary, political prisoners and detainees, and the lack of judicial recourse for alleged human rights violations were problems. The government restricted civil liberties and freedoms of speech, press (including Internet and academic freedom), assembly, and association. The government did not fully protect the rights of migrants, asylum seekers, and refugees. Other problems included restrictions on freedom of religion; corruption and lack of transparency; societal discrimination against women, ethnic minorities, and foreign workers; trafficking in persons; and restriction of labor rights.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/nea/119121.htm>

3.2.3 Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2009

Libyens verbesserte diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten wurden überschattet von anhaltenden Menschenrechtsverletzungen. Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit blieben stark eingeschränkt. Regierungskritiker wurden unterdrückt und es gab keine unabhängigen Nichtregierungsorganisationen. Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten befanden sich weiterhin auf unbegrenzte Zeit in Haft und wurden dort misshandelt. Mindestens acht ausländische Staatsangehörige wurden hingerichtet. Die Regierung versäumte es erneut, schwerste Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit untersuchen zu lassen

Quelle: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/libyen>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House (2009)

Bewertung für Libyen auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 7
- Politische Rechte: 7
- Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht wird.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2009):

In November 2008, government forces clashed with members of the southern Tabu tribe, resulting in significant loss of life and property. Libya's generally poor human rights performance showed no signs of improvement during the year, and warmer relations with the United States and Europe appeared to dim prospects for concerted international pressure on the issue of political reform.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2009&country=7647>

Kommentar:

Die Menschenrechtssituation in Libyen ist laut zahlreichen Berichten nach wie vor kritisch und wird von vielen internationalen Organisationen bemängelt. Besonders willkürliche Verhaftungen und das fehlende Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, sind Ansatzpunkt massiver Kritik. Auch wenn sich die Situation von Frauen insgesamt etwas verbessert hat, bleibt vor allem häusliche Gewalt weit verbreitet. Trotz massiver Bedenken hat Libyen im Jahr 2003 den Vorsitz der UN-Menschenrechtskommission übernommen. Libyen wurde von der afrikanischen Staatengruppe als Kandidat vorgeschlagen und konnte den Vorsitz letztlich auch nur durch deren Unterstützung bei der Stimmabgabe annehmen.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2008):

Nach Oberst Gaddafis Doktrin der direkten Demokratie ist das Volk der Souverän. Jede Vertretung des Volkes durch Abgeordnete, etwa im Sinne einer parlamentarischen Demokratie, gilt als Verfälschung des Volkswillens.

Ein Parlament, Parteien oder eine Regierung im klassischen Sinne gibt es daher nicht. Die politische Willensbildung vollzieht sich in 468 „Basisvolkskongressen“, die ihre Entscheidungen durch Beauftragte (imperatives Mandat) dem mindestens einmal jährlich tagenden

„Allgemeinen Volkskongress“ zur Koordinierung und Formulierung vortragen.

Der „Allgemeine Volkskongress“ ernennt das „Allgemeine Volkskomitee“, das einem Regierungskabinetts vergleichbar ist. Dieses Komitee verkörpert das höchste exekutive Organ und leitet die laufende Regierungsarbeit. Die Rolle des Staatsoberhauptes kommt formal dem Sekretär des Allgemeinen Volkskongresses zu, dem ausländische Botschafter ihr Beglaubigungsschreiben überreichen.

Obgleich der Volkskongress und die Regionen an Bedeutung gewinnen, liegt die eigentliche Macht bei Oberst Gaddafi, seinem engeren Umfeld und bei so genannten Revolutionskomitees, die die Arbeit der Volkskongresse kontrollieren. Als Vordenker und Interpret der von ihm verfassten „Dritten Universaltheorie“ („Grünes Buch“) trifft Gaddafi in der Praxis fast alle wichtigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen selbst.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Libyen/Innenpolitik.html>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2009):

Im Jahresbericht 2009 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Libyen auf Platz 130 (2008: Platz 126), zusammen mit Honduras, Libanon, Malediven, Mauretanien, Mozambique, Nicaragua, Nigeria und Uganda. Deutschland liegt auf Platz 14.

Quelle: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table

Spannungen und interne Konflikte:

Libyen weist trotz des autoritären politischen Systems und trotz aller Spannungen und Konflikte mit ausländischen Staaten ein erstaunliches Maß an innerer Stabilität auf. Nach Erlangen der politischen Unabhängigkeit 1951 traten Konflikte zwischen Monarchisten und Republikanern auf, ebenso kam es zu Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Mit der Entdeckung des Erdöls zeigten sich zudem soziale Spannungen zwischen den traditionell Reichen und den durch das Öl schnell reich gewordenen Libyern. Zusätzlich wurde die Kluft zwischen Arm und Reich in Libyen immer größer. Mit der Machtübernahme durch Muammar Al-Gaddafi entspannte sich die innenpolitische Lage jedoch deutlich. Libyen leidet unter keinen gravierenden ethnischen Konflikten, außerdem kommt es zu nur sporadisch eskalierenden Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppierungen. Dies ist auch auf den Regierungsstil Al-Gaddafis zurückzuführen.

Nach der zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse während den international verhängten Sanktionen und der damit einhergehenden sozialen Unzufriedenheit, trug der von Gaddafi eingeschlagene Richtungswechsel und die angestrebte Öffnung des Landes zu einer deutlichen Entspannung bei. Derzeit wird von keinen Spannungen oder offen ausgetragenen internen Konflikten berichtet.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Libyen umfasst eine Fläche von 1, 76 Millionen Quadratkilometern und liegt am Südrand des Mittelmeeres. Im Westen grenzt Libyen an Algerien und Tunesien, im Süden beziehungsweise Südosten teilt es die Grenze mit Niger, Tschad und dem Sudan. Im Osten grenzt Libyen an Ägypten.

Politische Situation in der Region:

Libyen bemüht sich seit einigen Jahrzehnten um eine starke regionale Einbindung, eine Stärkung der regionalen Kooperation und um eine Führungsrolle bei diesem Prozess. Dabei zielen die libyschen Bemühungen sowohl auf die arabische Welt wie auch den afrikanischen Kontinent ab. Mehr als früher setzt Muammar Al-Gaddafi dabei auf religiöse Themen beziehungsweise die Islamisierung des gesamten afrikanischen Kontinents.

Im Februar 1989 gründete Libyen zusammen mit Tunesien, Marokko und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (Union du Maghreb Arabe: UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltete beispielsweise bereits der UMA Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Im Gegensatz zu Libyen fehlt den anderen Mitgliedern der UMA der Wille die Integration maßgeblich voranzutreiben. Libyen dagegen wünscht sich eine politische Integration nach dem Vorbild der EU. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko.

Im Februar 1998 entstand auf Initiative von Muammar Al-Gaddafi die Sahel- und Saharastaatengemeinschaft (SinSad). Diese geriet in den Ruf, einzig als außenpolitisches Instrument Libyens zu funktionieren, da es Libyen mit Hilfe der anderen Mitgliedsstaaten und durch politische und ökonomische Unterstützung derselben gelang, Verbündete gegen die USA bzw. die UN zu gewinnen und Sanktionen teilweise zu unterlaufen. Mittlerweile hat sich dieser Vorwurf gelegt und die SinSad hat sich zu einer dynamischen Regionalorganisation entwickelt, die wichtige Nordafrika- und den Sahararaum übergreifende Probleme diskutiert und nach Lösungsansätzen sucht.

Auch die Gründung der Afrikanischen Union (AU) 2002 geht auf die Initiative von Muammar Al-Gaddafi zurück. Bereits 1999 warb er für eine Reform der damaligen Vorgängerorganisation Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) und propagierte die Idee der Vereinigten Staaten von Afrika mit einer gemeinsamen Armee, einer gemeinsamen Währung und einer zentralen Führung. Zwar lehnten viele afrikanische Staaten die Pläne Gaddafis ab, ihre Skepsis bezüglich einiger Reformen konnte Gaddafi jedoch durch oftmals finanzielle Mittel abmildern, wodurch schließlich die Gründung der AU beschlossen wurde.

Die Beziehungen zu Algerien sind aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten und ähnlicher außenpolitischer Interessen freundschaftlich und gut. Die in den 1980er Jahren aufgetretenen Spannungen sind längst überwunden. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Libyen plant anscheinend, bis zu 500 Millionen USD in Algerien zu investieren.

Grenzprobleme:

Frühere Grenzprobleme mit Ägypten sind mittlerweile beigelegt. Aus dem Aouzou-Streifen im Norden des Tschad musste sich Libyen 1994 nach einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag zurückziehen. Derzeit werden keine offenen Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten ausgetragen. Da Libyen jedoch ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem algerischen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle:

Es existieren derzeit keine Abkommen oder Bemühungen für eine regionale Rüstungskontrolle.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der The Trans Saharan Counterterrorism Initiative (TSCT) sind amerikanische Spezialeinheiten im nordafrikanischen Raum, also auch in Libyen stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Libyen 87 Prozent im Jahre 2008, und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt gesunken. Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, weist Libyen damit die zweithöchste Rate, nach Yemen, an Technologiepiraterie auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2008 auf geschätzte 22 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2008

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1970	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1973	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1980	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1991	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 1997	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 1999	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org/

Kommentar:

Bereits 1976 bezichtigten die USA Libyen das erste Mal öffentlich, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Nur wenige Jahre später, 1979, wurde Libyen von den USA auf die Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten gesetzt. Der Vorwurf, Libyen sympathisiere mit dem internationalen Terror, erhärtete sich über die Jahre hinweg immer mehr. Neben dem Vorwurf, Libyen unterstütze indirekt terroristische Organisationen, wie etwa die nordirische Untergrundbewegung Irish Republic Army (IRA), mit Waffenlieferungen oder auch finanziellen Mitteln, konnte Libyen ebenso eine direkte Beteiligung an Terroranschlägen nachgewiesen werden. Ein Anschlag auf die vornehmlich von US-amerikanischen Soldaten besuchte West-Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1985 bildete den Auftakt einer Reihe von Terror-Anschlägen mit nachweislich direkter Beteiligung. Der verheerendste Anschlag des „libyschen Terrors“ geschah im Dezember 1988 mit einem Anschlag auf ein Passagierflugzeug der Pan-American-Airlines. Durch eine Kofferbombe wurde das Flugzeug nahe der

schottischen Stadt Lockerbie zur Explosion gebracht und 270 Menschen starben. Ein ähnlicher Anschlag ereignete sich kurze Zeit später über der Ténéré- Wüste im Niger. Bei der Explosion eines französischen Flugzeuges kamen dort 171 Menschen ums Leben. Beide Anschläge galten als Vergeltungsakt für die militärische Unterstützung Frankreichs und der USA bei der Unterstützung Nigers, beziehungsweise Israels, im Tschad-Konflikt. Aufgrund dieser Ereignisse, wurden schließlich umfassende Sanktionen von den USA, der EU und den Vereinten gegen Libyen verhängt.

Die Auswirkungen der Sanktionen und die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zu einer Kehrtwende in der libyschen Einstellung zum Terrorismus. Zum einen war die Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen mit den Auflagen verknüpft, dass Libyen Entschädigungszahlen für die Lockerbieopferfamilien leisten müsse, die volle Verantwortung für die Anschläge von Lockerbie übernehmen solle und dem Terrorismus als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele definitiv abschwören müsse. Zusätzlicher Druck entstand durch 9/11 und die Forderung des damaligen US-Präsidenten Bush sich klar zu positionieren, um nicht selbst ins Fadenkreuz zu rücken und damit selbst Angriffsziel zu werden. Libyen positionierte sich von Beginn an der Seite der USA und verurteilte die Anschläge scharf. Laut Medienberichten soll es bereits kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einem Treffen einer libyschen Delegation mit Vertretern des US-amerikanischen und britischen Geheimdienstes gekommen sein. Dabei wurde offenbar die libysche Unterstützung im Kampf gegen den Terror unterstrichen und Libyen übermittelte den Geheimdienstmitarbeitern benötigte Unterlagen.

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2000)	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2000)	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2001)	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1948	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1949	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1949 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1977	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 1998	Nicht beigetreten	http://www.un.org/law/icc/
Anti-Korruptions-Konvention von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.4 UN-Berichterstattung

Libyen boykottierte zum wiederholten Male, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Hintergrund hierfür sind unter anderem die

nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen die aber im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch im Rahmen der Berichterstattung von Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Libyen keine Daten.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. In der Vergangenheit wurde Libyen immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (2009):

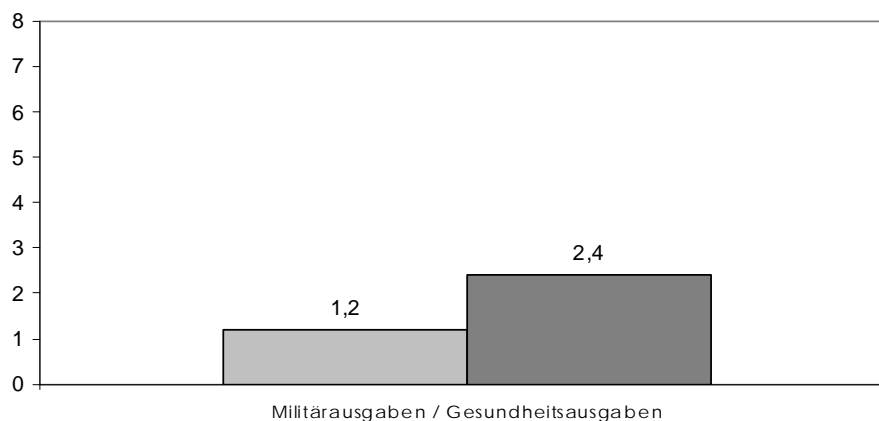
Libyen beabsichtigt, seine bestehende Wirtschaftsordnung in eine Marktwirtschaft umzuwandeln. Die bisherige Liberalisierung, vor allem im Handel und in der Landwirtschaft, hat das binnenwirtschaftliche Erscheinungsbild Libyens zum Besseren verändert. Die libysche Wirtschaft ist über die letzten Jahre kontinuierlich gewachsen, gestützt auf die Öl- und Gasproduktion – 2008: 3,8 Prozent. Auch für das Gesamtjahr 2009 wird erwartet, daß die libysche Wirtschaft weiter wächst.

Libyens Reformkurs bleibt jedoch widersprüchlich und kommt nur schleppend voran. Weiterhin dominiert die Staatswirtschaft. Bei Teilen der libyschen Bevölkerung kommt der relative Aufschwung der letzten Jahre bislang kaum an.

Libyen hat eine WTO-Mitgliedschaft beantragt.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Libyen/Wirtschaft.html>

Schaubild 5: Vergleich Anteile Militärausgaben und Gesundheitsausgaben am libyschen BIP/GDP in Prozent für das Jahr 2006



Quellen:

SIPRI Jahrbuch 2009 (Militärausgaben); WHO, The World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben);

Tabelle 7: Absolute Auslandsverschuldung und Anteil am BIP 2004-2008

	2004	2005	2006	2007	2008
Auslandsverschuldung *	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2005)

Quelle: Weltbank, World Development Indicators

* Es sind keine verlässlichen Angaben über die Auslandsverschuldungs Libyens verfügbar.

Kommentar:

Die Gefahr, dass in Libyen durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negative beeinflusst wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Zwar ist die Stärke der Streitkräfte einigermaßen konstant geblieben und auch der Anteil der Militärausgaben am BIP hat sich deutlich verringert, dennoch sind die Militärausgaben während der letzten Jahre signifikant gestiegen. Dies ist sicherlich auf die wirtschaftliche und rüstungsindustrielle Situation nach den jahrelangen Sanktionen zurückzuführen. Es bleibt dementsprechend abzuwarten, ob das Land weiterhin in den Militärssektor investiert oder sich hier nur ein vorübergehender Trend widerspiegelt.